

Tischvorlage zur Einführung hybrider Sitzungen

Antrag:

Der Ausschuss für Innovation und Digitalisierung der Stadt Soest möge beschließen, die Erprobung hybrider Sitzungen unter Nutzung des vorhandenen **Allris-Systems** und der Ergänzung von **WebEx für Videokonferenzen** durchzuführen, um sowohl die Kosten als auch den Aufwand der Umsetzung zu minimieren und gleichzeitig die Flexibilität und Bürgerbeteiligung zu erhöhen.

1. Rückblick auf die Corona-Zeit: Bewährte Alternativen und Nutzung bestehender Systeme

Während der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, dass digitale und hybride Sitzungen technisch machbar sind. In Soest wird bereits das **zertifizierte Allris-System** genutzt, das mit geringen Erweiterungen zur Durchführung hybrider Sitzungen verwendet werden kann. Das System ist für diese Anwendungsbereiche geprüft und bietet eine solide Basis für eine rechtssichere Abwicklung der Sitzungen und Abstimmungen.

2. Finanzielle Vorteile: Detaillierte Kritik an den Kosten und Allris als Basis

Die von der Verwaltung geschätzten **90.000 Euro** für Videokonferenztechnik und zusätzliche Software erscheinen überzogen. Experten und Anbieter wie **CC e-gov** weisen darauf hin, dass die Einrichtung des **Abstimmungsmoduls** in Allris überschaubar und kostengünstig ist. Zudem nutzt die Stadtverwaltung bereits viele der benötigten Funktionen.

Da die Verwaltung bereits **WebEx** für Videokonferenzen im Einsatz hat, sollte dieses System weiterhin genutzt werden. **WebEx Business Lizenzen** sind bereits ab **16,04 Euro pro Monat** erhältlich und bieten Videokonferenzen für bis zu 200 Teilnehmer mit einer maximalen Sitzungsdauer von 24 Stunden. Die Lizenzen sind dabei lediglich für die Sitzungsleiter notwendig. **Einladungslinks** für Ausschussmitglieder können weiterhin über Allris mit der Einladung verschickt werden, während **Bürger im öffentlichen Teil** der Sitzungen über einen Zugangslink teilnehmen können. Dieser könnte über Allris oder besser über die **Mitdenkensoest-Webseite** beantragt und per Mail versendet werden.

3. Rechtssichere Abstimmung und Satzungsänderungen

Die Verwaltung argumentiert, dass die rechtssichere Durchführung von Abstimmungen eine Herausforderung darstellt. Jedoch ist das **Abstimmungsmodul in Allris** bereits erprobt und erfüllt die Anforderungen an eine verschlüsselte und rechtssichere Abstimmung. Die Integration dieses Moduls ist laut **CC e-gov** unkompliziert und könnte in der Testphase eingesetzt werden.

Die **erste Testphase im AIDW** kann ohne eine sofortige Satzungsänderung durchgeführt werden, sodass die Umstellung schrittweise erfolgen kann. Langfristig könnte, basierend auf den Testergebnissen, eine Satzungsanpassung erfolgen.

4. Zwei Anwendungsfelder für hybride Sitzungen

Für die hybride Sitzungsform werden zwei wesentliche Anwendungsfelder vorgeschlagen, die zeitlich versetzt getestet werden sollen:

1. **Hybride Teilnahme von Ausschussmitgliedern:** Dies bietet Flexibilität für Mitglieder, die nicht physisch anwesend sein können. Besonders **Familienväter/-mütter** und Personen, die aufgrund von Krankheit verhindert sind, können so politisch aktiv bleiben.
2. **Teilhabe und Bürgerbeteiligung:** Bürger haben die Möglichkeit, sich im **öffentlichen Teil** der Sitzungen digital zuzuschalten und an den Diskussionen teilzunehmen. Dies fördert die Bürgernähe und schafft neue Beteiligungsmöglichkeiten.

5. Erfolgreiche Beispiele und Nutzung bestehender Systeme

Mehrere Kommunen nutzen bereits hybride Sitzungen erfolgreich in Verbindung mit dem **Allris-System** und WebEx für Videokonferenzen, darunter:

- **Karlsruhe** und **Norderstedt** haben das Abstimmungsmodul von Allris implementiert und nutzen es erfolgreich in hybriden Sitzungen.
- **Ulm** kombiniert Allris mit WebEx, um Sitzungen hybrid abzuhalten. Diese Kommunen zeigen, dass eine schrittweise Implementierung technisch und rechtlich machbar ist.

6. Nutzung bestehender Infrastruktur und Mehraufwand

Die Stadt Soest nutzt sowohl **Allris** als Sitzungssoftware als auch **WebEx** für Videokonferenzen bereits. Ein zusätzlicher **Mehraufwand** für die Betreuung dieser Systeme erschließt sich nicht, da beide Programme im laufenden Betrieb sind und von der Verwaltung ohnehin genutzt werden. Der Supportaufwand für hybride Sitzungen bleibt überschaubar.

7. Schnittstellen und Systemkompatibilität

Die Verwaltung nutzt sicherlich bereits die **Dokumentenmanagement-Software CCecm** von **CC e-gov**, die eine Schnittstelle zu Allris bietet. Eine reibungslose Integration in die bestehende IT-Infrastruktur sollte also problemlos möglich sein.

Schlussfolgerung: Flexibilität, Teilhabe und Kostenoptimierung

Die Einführung hybrider Sitzungen unter Nutzung des **vorhandenen Allris-Systems** und der Ergänzung durch **WebEx für Videokonferenzen** bietet eine kosteneffiziente und rechtssichere Lösung. Durch die schrittweise Einführung und die Nutzung bereits bestehender Systeme wird die **Teilnahme von Ausschussmitgliedern** und **Bürgerbeteiligung** erleichtert. Eine aufwendige, kostenintensive Umstellung oder der Verzicht auf hybride Sitzungen wäre weder im Sinne der Effizienz noch der Flexibilität.